

Abstimmung über Steuervorlage 17: Zahlt der Mittelstand am Ende die Zeche?

Region Die Kantonsräte Jörg Kündig (FDP) und Stefan Feldmann (SP) sind sich uneins über die Folgen der Steuervorlage 17. Der eine sieht darin eine Sicherung des Wirtschaftsstandorts, der andere befürchtet Steuerausfälle zulasten der Bürger.

PRO

«Es darf nicht sein, dass die Steuerfüsse erhöht werden müssen»

Im Kanton Zürich sind zahlreiche international tätige Konzerne angesiedelt. Für ihre Standortwahl ist nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch die Steuerbelastung ein wichtiges Kriterium. Zürich steht im Wettbewerb – mit den Kantonen sowie international. Schon vor der nationalen Abstimmung zur Steuervorlage haben verschiedene Kantone ihre Unternehmenssteuern massiv gesenkt und die Position des Kantons Zürich hat sich in diesem Vergleich weiter verschlechtert. Mit der vorliegenden Gesetzesanpassung kann dank einem massgeschneiderten Umsetzungspaket vermieden werden, dass Zürich punkto Unternehmenssteuern noch mehr ins Hintertreffen gerät.

Mit der jetzigen Vorlage wurden die Lehren aus der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III gezogen. Sie wurde mit intensiven Gesprächen und unter Miteinbezug verschiedener Interessengruppen erarbeitet. Im Vordergrund stand das Bemühen, Mindereinnahmen bei den Steuern sowohl auf kantonaler als auch kommunaler Ebene abzufedern. Dies wurde erreicht. Von den direkten Bundessteuern werden mindestens 180 Millionen Franken jährlich an den Kanton Zürich zurückfliessen.

Kompensation im sozialen Bereich

Mindereinnahmen der Kommunen soll über den Finanzausgleich im Umfang von rund 100 Millionen Franken entgegengewirkt werden. Zudem soll mit einem Sonderlastenausgleich über vier Jahre 20 Millionen Franken pro Jahr an die am stärksten betroffenen Gemeinden und 5 Millionen an die Kirchen vergütet werden. Auch übernimmt der Kanton einen

höheren Anteil der von den Gemeinden getragenen Ergänzungsleistungen im Umfang von etwa 70 Millionen Franken.

Wichtig ist, dass die bislang privilegierten Unternehmen, die 18 Prozent der Unternehmenssteuern bezahlen, bleiben und die Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Eine soziale Abfederung wurde mit der nationalen Vorlage durch die Einlage von 2 Milliarden Franken in die AHV erreicht. Zudem zeigt die Gegenüberstellung, dass der Mittelstand in Kantonen mit zusätzlichen Kompensationen im sozialen Bereich immer noch stärker besteuert wird als im Kanton Zürich. Kanton und Gemeinden sollen ihre Aufgaben ohne Einschränkung erfüllen können. Es darf nicht sein, dass die Steuerfüsse erhöht werden müssen. Dank dem jetzt vorliegenden Kompromiss ist dies möglich.



Jörg Kündig
FDP-Kantonsrat
aus Gossau

KONTRA

«Von Skalpell keine Spur mehr, eher eine Schrotflinte»

Dass es nach dem Ja zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) auf Bundesebene im Mai nun auch eine kantonale Umsetzung braucht, ist klar. Doch die Vorlage, über die wir am 1. September abstimmen, schießt übers Ziel hinaus. Vor allem aus zwei Gründen:

Mit der STAF-Vorlage wird den Kantonen ein «Werkzeugkasten» mit diversen Steuerinstrumenten zur Verfügung gestellt. Die Idee: Jeder Kanton nimmt jene Instrumente daraus, die je nach Art der Unternehmensstruktur am besten für ihn sind. Das tönt gut, tönt nach einem Skalpell. Doch was macht der Kanton Zürich? Er führt alle Instrumente ein und geht bei allen auf das zugelassene Maximum. Von Skalpell keine Spur mehr, eher eine Schrotflinte. Die Folge: Fast eine halbe Milliarde Steuerausfall für Kanton und Gemeinden pro Jahr.

Ausgleichsmassnahmen vorgesehen

Von den Befürwortern wird ins Feld geführt, dass der Finanzvorstand von Zürich, Daniel Leupi (Grüne), der die USR III bekämpft hatte, die neue Vorlage unterstützt. In der Tat: Die Gemeinden kommen besser weg, weil der Kanton praktisch alle Gelder, die er dank STAF vom Bund erhält, an die Gemeinden weiterreicht. Für die Gemeinden gut, für den Kanton weniger: Nun ist einfach sein Loch in der Kasse grösser. Für die Bevölkerung ist es aber egal, ob das Loch im linken oder rechten Hosensack grösser ist: Bezahlt wird sie es am Ende dennoch müssen.

Anders als die STAF-Vorlage kennt die Zürcher Vorlage keinerlei soziale Massnahmen. Dabei zeigen USR III und auch viele Abstimmungen in anderen Kanto-

nen, dass Steuersenkungen für Unternehmen heute nur dann eine Chance haben, wenn sie mit solchen gekoppelt werden. Auch Kantone mit satten bürgerlichen Mehrheiten haben darauf reagiert und sehen darum in ihren Vorlagen Ausgleichsmassnahmen vor. Nicht so der Kanton Zürich: Hier wurde im Kantonsrat sogar der SP-Antrag, die Familienzulagen um bescheidene 50 Franken zu erhöhen, abgelehnt.

Eine Umsetzung von STAF braucht es. Aber nicht diese. Deshalb ein Nein zu dieser Vorlage. Und dann? Dann wäre man gleich weit wie in Bundesbern nach dem Nein zur USR III. Man sitzt wieder zusammen, nimmt gewisse Instrumente zurück, baut eine soziale Komponente ein und hat dann eine mehrheitsfähige Vorlage. Was in Bundesbern ging, geht auch in Zürich.



Stefan Feldmann
SP-Kantonsrat
aus Uster

Halbjahresbilanz mit Makeln

Wetzikon Elma Electronic mit Hauptsitz in Wetzikon hat Anfang Woche ihre Halbjahresbilanz präsentiert. Demnach steigerte die weltweit tätige Herstellerin von Electronic Packaging Produkten für den Embedded Systems Markt den Bestelleingang und die Nettoerlöse gegenüber dem Vorjahr zum Teil kräftig. Jedoch wurde das Wachstum nur in der Marktreigion Americas erzielt.

Zudem drückten hohe Investitionen in den USA sowie deutlich höhere Vorleistungen bei verschiedenen Kundenprojekten in Europa auf die Profitabilität. Damit schliesst Elma das erste Halbjahr mit einem tieferen Unternehmensgewinn als im Vorjahreszeitraum ab.

Abschwächung in Europa

Mit einer Steigerung von 14 Prozent auf 83,3 Millionen Franken verzeichnet die Elma-Gruppe beim Bestelleingang ein kräftiges Wachstum (Vorjahr: 73,1 Millionen Franken). Währungsbereinigt betrug die Zunahme 12,5 Prozent.

Während die Region Americas unter anderem von einer kräftigen Nachfrage im Verteidigungsbereich seitens der USA profitierte und den Bestelleingang um 42,5 Prozent auf 44,3 Millionen US-Dollar steigerte (Vorjahr: 31,1 Millionen US-Dollar), litt der Bestelleingang in der Region Europe unter einer spürbaren Abschwächung in Deutschland und der Schweiz.

Trotz grosser Nachfrage in Grossbritannien sank der Bestelleingang im ersten Halbjahr insgesamt um 6,8 Prozent auf 34,4 Millionen Franken (Vorjahr: 36,9 Millionen Franken). Währungsbereinigt entspricht dies einer Abnahme von 5,4 Prozent.

Einbruch in Asien

Einen regelrechten Einbruch muss Elma für die Region Asien vermelden: Dort kam es zu einem deutlichen Rückgang des Handelsgeschäfts in Südostasien. In der Folge sank der Bestelleingang um 24,2 Prozent auf 4,6 Millionen Franken (Vorjahr: 6,1 Millionen Franken). Währungsbereinigt belief sich der Rückgang auf 26,6 Prozent. *jöm*

Blickpunkt

Gwerbler treffen sich zur Ferienzeit

Viele Oberländer lassen es sich zurzeit am Strand oder in den Bergen gut gehen – wenn gleich nicht alle: Eine fröhliche, kleine Runde aus acht Mitgliedern des Gewerbevereins Bubikon-Wolfhausen hat sich am 9. August zum «Gwerbler-Znüni» auf der Terrasse des Restaurants Rosenburg in Wolfhausen getroffen und liess es sich bei Kaffee, Gipfeli, Brötchen und Cervelat gut gehen. Gerade in der Ferienzeit ist die kurze Verschnaufpause von der Arbeit sehr willkommen. *jöm*

Bildergalerie unter zueriost.ch/galerien



Ausruhen unter Palmen? – Nein! Acht Mitglieder des Gewerbevereins Bubikon-Wolfhausen kamen lieber zum jüngsten «Gwerbler-Znüni».

Fotos: Nathalie Guinand

Bank BSU steigert den Gewinn

Uster Die Bank BSU in Uster hat kürzlich ihre Halbjahresbilanz 2019 vorgelegt. Sie verbesserte den Geschäftserfolg mit 1,23 Millionen Franken um rund 9 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis. Daraus resultiert mit 1,46 Millionen Franken ein um 4,6 Prozent höherer Halbjahresgewinn. Gegenüber 2018 steigerte die Bank den Brutto-Zinserfolg aus dem operativen Geschäft um 5,4 Prozent auf 4,7 Millionen Franken – «und dies trotz dem deutlich tieferen Zinsniveau gegenüber dem Vorjahr und der Verlängerungen der auslaufenden Festhypotheken zu tieferen Zinskonditionen», wie es in einer Medienmitteilung heisst.

Zahl der Mitarbeiter gestiegen

Durch die Erhöhung von Teilzeitstellen und durch Investitionen in die Ausbildung der Mitarbeiter stieg der Personalaufwand im Vergleich zur Vorjahresperiode um rund 4,2 Prozent. Der Sachaufwand sei erneut um 10,1 Prozent gesenkt worden. Somit reduzierte sich der gesamte Geschäftsaufwand im ersten Semester 2019 gegenüber dem Vorjahr um weitere rund 130 000 Franken oder 2,8 Prozent. *jöm*